

M 4511 E

libertal

Heft 11 24. Jahrgang November 1982 ISSN 0459-1982
Beiträge zur Entwicklung einer freiheitlichen Ordnung

HANS VORLÄNDER

Manipulation mit der Verfassung

URS SCHOETTLI/GEROLD DIEKE

Liberalismus in Lateinamerika

RAINER KOCH

Der europäische Liberalismus und die soziale Frage im 19. und 20. Jahrhundert

KLAUS VON DER ROPP

Südafrika 1982: Revolution von oben – Revolution von unten?

Südafrika 1982: Revolution von oben – Revolution von unten?

Klaus von der Ropp

Die vielen Nachrichten der zweiten Hälfte der 70er Jahre zum südlichen Afrika vor Augen, könnte der mit der Region weniger vertraute Leser nicht nur deutscher Zeitungen heute den Eindruck gewinnen, die Probleme SWAs/Namibias und Südafrikas seien offenbar weitgehend gelöst. Dieser Eindruck wäre falsch! Im Gegenteil, es läßt sich mit einigem Recht argumentieren, daß die Probleme beider Länder virulenter denn je zuvor sind und erheblich zur weiteren Destabilisierung eines ohnehin instabilen Subkontinents beitragen.

Einige Überlegungen zu der westlichen SWA/Namibia- und Südafrika-Politik

Des öfteren ist auch die Auffassung zu hören, der Regierungswechsel in Washington Anfang 1981 habe bewirkt, daß die westlichen Länder den Entwicklungen in SWA/Namibia und Südafrika ein geringeres Augenmerk schenkten. Was zunächst die gemeinsame SWA/Namibia-Initiative der USA, der Bundesrepublik Deutschland, Großbritanniens, Frankreichs und Kanadas angeht, so ist auch dieser Eindruck unzutreffend. Denn dieser Versuch, den Jahrzehnte alten Konflikt um die ehemals deutsche Kolonie zu lösen, war bereits Ende 1978, spätestens aber Mitte 1979, klinisch tot.

Damals wurde klar, daß Pretoria nicht mehr willens war, hier mit den Westmächten zusammenzuarbeiten. Und die letzteren reagierten daraufhin erstaunlicherweise nicht mit gegen Südafrika gerichteten Zwangsmaßnahmen. Für die Haltung Pretorias sind wohl vor allem die folgenden Gründe maßgebend gewesen: Südafrika wählte sich, nicht ohne Grund, verschiedentlich von den westlichen Mittelstaaten übervorteilt. Außerdem setzte sich in Pretoria die Gewißheit durch, die militante Befreiungsbewegung SWAPO werde die von den westlichen Fünf angestrebten allgemeinen Wahlen hoch gewinnen. Und mit einem solchen Wahlausgang wären seine eigenen Probleme noch unlösbarer geworden. Denn einerseits hätten sich nach einem solchen Wahlausgang auch eher kritische Weiße aus Existenzangst in das »laager« zurückgezogen, und zum anderen wären die ohnehin permanent aufbegehrenden Schwarzen noch militanter aufgetreten. Schließlich war in Pretoria sehr wohl in Erinnerung, daß von etlichen westlichen Unterhändlern die Geschichtslosigkeit verratende These vertreten worden war, die Lösung, die man für die Siedlerkolonie SWA/Namibia gefunden habe (ein Mensch eine

Stimme in einem Staat), habe für den Mehrvölkerstaat Südafrikas Modellcharakter. Die F.D.P. ist dieser These bekanntlich u. a. in ihrem Programm für den Bundestagswahlkampf von Herbst 1980 deutlich entgegengetreten.¹⁾ Die Liberalen machten damit deutlich, daß es für einen außergewöhnlich komplexen Sachverhalt eine simple Lösung nicht geben kann. Die F.D.P. hat erkannt, daß das schwarze Südafrika nur dann zu befreien ist, wenn zuvor dem weißen Südafrika durch einen qualifizierten Minderheitenschutz eine Perspektive für die eigene Zukunft eingeräumt worden ist. Jene auch in der westlichen Welt zahlreichen Politiker, die das alles nicht erkannten, warnte später der linksliberale weißafrikanische Publizist Denis Beckett: »*Realität ist, daß es weder heute noch in der Zukunft eine erfolgreiche Revolution geben wird. Irgendwann würde, darüber gibt es keinen Zweifel, eine schwarze Regierung an die Macht kommen, aber das an sich würde kaum »erfolgreich« genannt werden können, wenn die Kosten einer solchen Entwicklung diejenigen der totalen Zerstörung der Nation wären. Und genau dies wären die Kosten.*«²⁾

Das sehr starke Engagement von Bundesminister H.-D. Genscher hat dazu geführt, daß, trotz starker Widerstände aus Pretoria/Windhoek, aber auch extrem konservativen Kreisen in Washington, die westlichen Fünf stets darum bemüht blieben, die hier einschlägige Resolution 435 des UN-Sicherheitsrates zu realisieren. Sie, das Ergebnis mehrjährigen diplomatischen Ringens, zeichnet den Weg für die Entlassung SWAs/Namibias in die Unabhängigkeit auf. Dem außergewöhnliche sachkundigen amerikanischen Unterstaatssekretär für Afrikanische Angelegenheiten, Chester Crocker, aber ist zu danken, daß nach Anfang 1981 zumindest zwischen Washington und Pretoria jenes Mindestmaß an wechselseitigem Vertrauen wiederhergestellt wurde, ohne das eine friedliche Lösung des SWA/Namibia-Problems undenkbar ist. So war es möglich, daß sich die Konfliktparteien, das sind Pretoria, SWAPO und Windhoek, nach abermals monatelangen Mittlerdiensten der Fünf und der afrikanischen Frontstaaten im Sommer 1982 auf alle im Zusammenhang mit Res. 435 noch offenen Einzelheiten des Verfahrens einigten, nach dem SWA/Namibia in die Unabhängigkeit zu entlassen sein wird. So zumindest lauteten offiziöse Meldungen aus Bonner Regierungskreisen, die allerdings mit großer Skepsis aufgenommen werden sollten. Es ist nicht auszuschließen, daß Pretoria sich abermals in letzter Minute den Vorstellungen gerade auch der westlichen Mittelstaaten widersetzen wird. Wichtig wird dann sein, daß die westlichen Fünf nicht abermals, wie Mitte 1979, vor der entschlossenen Haltung der weißen Afrikaner in Pretoria/Windhoek in die Knie gehen. Damals hatten sie nach Art politisch hilfloser Akteure von der Verhängung von Zwangsmaßnahmen abgesehen. Sollte dies abermals geschehen, so würden die Fünf auch im gesamten übrigen Afrika erneut an Glaubwürdigkeit verlieren.

1) S. Klaus Frhr. von der Ropp, »Der Süden Afrikas im Zeichen des Umbruchs«, in »liberal« Dez. 1980, S. 940–948 (941).

2) In Frontline, (Johannesburg) 1981, 11–12, S. 38–39 (»The Future/Can it Come to This?«).

Der Verlust an Glaubwürdigkeit ist für die hier interessierenden westlichen Staaten übrigens auch in Südafrika selbst bereits zu einer schweren Bürde geworden. So sollte es einen westlichen Besucher nicht überraschen, wenn er heute in der Diskussion mit schwarzen Südafrikanern häufig auf blanken Zynismus stößt. Hatten doch selbst sehr hohe Verantwortliche westlicher Staaten in den Jahren 1977/78 in ungewöhnlich scharfer, auf Eile drängender Sprache von Pretoria die Aufgabe der Politik der Apartheid und damit einen fundamentalen Wandel der politischen und wirtschaftlichen Herrschaftsverhältnisse in Südafrika gefordert. Nicht nur gemäßigte sondern auch militante schwarze Südafrikaner hatten daraufhin angenommen, die westlichen Industriestaaten würden aus schierem Eigeninteresse heraus (dauerhafte Sicherung der Rohstoffzufuhr usw.) Pretoria zwingen, sich ihrer Forderung nach Ersetzung der Herrschaft der weißen Minderheit durch die der schwarzen Mehrheit (ca. 70 v. H. der Gesamtbevölkerung) zu beugen. Daß sich dann aber die Westmächte ab Mitte 1979, also bereits lange vor dem Wechsel in Washington, von den Problemen Südafrikas abwandten, ließ unter den schwarzen Afrikanern das sehr alte Mißtrauen gegenüber dem Westen (*»Komplicität mit den südafrikanischen Rassisten«*) sehr schnell wieder aufleben.

Die westliche Südafrika-Politik der Jahre 1977/78 hatte aber auch zur Folge, daß sie zum einen Pretoria in den hier involvierten Staaten Nordamerikas und Westeuropas zahnlöse Löwen erkennen ließ und zum anderen unter den weißen Afrikanern selbst jene in nackte Existenzangst versetzte, die sonst nie müde wurden, einer Revolution von oben das Wort zu reden, da ihr Land andernfalls in einem Abgrund von Gewalt versinken werde.

1977/78 wurde einfach versäumt, gemeinsam mit den gemäßigten schwarzen Südafrikanern um Gatscha M. Buthelezi und den Führungszirkeln um den linksliberalen weißen Parteiführer Van Zyl Slabbert nach einer staatlichen Ordnung für Südafrika zu suchen, die sowohl das Selbstbestimmungsrecht der schwarzen Mehrheit als auch den Anspruch der Nation der weißen Afrikaner (wie auch der gemischtrassigen und indienstämmigen Minderheiten) auf Fortbestand in Südafrika sichergestellt hätte.³⁾ Dazu aber hätten sehr viel mehr westliche Entscheidungsträger das kluge Wort Henry Kissingers von dem früheren südafrikanischen Ministerpräsidenten Balthazar Johannes Vorster als einer Gestalt aus dem Alten Testament ernst nehmen, die Suche Egon Bahrs nach einem *»bisher unbekanntem Modell des gleichberechtigten Zusammenlebens mit besonderem Schutz für Minderheiten«*⁴⁾ und die gemeinsam mit Van Zyl Slabbert formulierte Wahlkampfaussage der F.D.P. (*»... Selbstbestimmungsrecht der Mehrheit... Absicherung des Existenzrechts der Minderheiten... als voneinander abhängig...«*) unterstützen müssen.

3) Detailliert dazu Klaus Frhr. von der Ropp, »Südafrikas Herausforderung an die Liberalen«, in »liberal« Juli/August 1979, S. 614–622; ders. s. Anm. 1); ders., »Südafrika zwischen schwarzem Protest und weißem Dennoch«, in »liberal« September 1981, S. 684–695.

4) Nach Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt (Hamburg) vom 10. Juli 1977, S. 8.

Hier wäre die Basis für einen fruchtbaren Dialog gewesen. In ihn wären auch jene zwar wenigen, aber wichtigen Anhänger des Regierungslagers in Pretoria einzubeziehen gewesen, die hinter vorgehaltener Hand Van Zyl Slabbert recht geben, wenn er fordert, das weiße Südafrika müsse bereit sein, außer über sein machtpolitisch abgesichertes Existenzrecht, über alles mit dem schwarzen Südafrika zu verhandeln.

Allein, dies alles ist nicht geschehen. Der Neubeginn wird um so schwieriger sein. Dies um so mehr, als in den zurückliegenden Jahren der Prozeß wechselseitiger Destabilisierung in den Staaten der Region weit fortgeschritten ist. Aus diesem Machtkampf wird Pretoria für die absehbare Zeit dank seiner großen wirtschaftlichen Stärke als Sieger hervorgehen.

Zu den Entwicklungen im Umfeld Südafrikas

Alle Staaten der Region, das sind die »Frontstaaten« Tanzania, Zambia, Zimbabwe, Angola, Mozambique und Botswana und weiter Lesotho, Swaziland, SWA/Namibia und Südafrika (inkl. der »unabhängigen« Reservate), haben heute mit großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Sie alle sind eng mit den westlichen Volkswirtschaften verbunden und spüren die Konsequenzen von deren Rezession. Die daraus resultierende verbreitete Unzufriedenheit bietet den schwarzafrikanischen Staaten einerseits sowie Südafrika und SWA/Namibia andererseits nahezu ideale Möglichkeiten, einander zu destabilisieren.

Für einzelne der schwarzafrikanischen Staaten kommen weitere Faktoren wirtschaftlichen Niedergangs hinzu: Zambia und Mozambique unterstützten die Befreiungsbewegungen ZAPU (Joshua Nkomos) und ZANU (Robert G. Mugabes) in deren bis Ende 1979 währendem Kampf gegen die weiße Minderheitsregierung von Ian Smith in Salisbury. Gegenschläge der seinerzeitigen rhodesischen Regierungstreitkräfte beschädigten u. a. die Infrastruktursysteme Zambias und, noch viel stärker, Mozambiques schwer. Angola, von dessen Territorium aus SWAPO operiert, ist seit Jahren regelmäßig Ziel der Gegenschläge von Heeres- und Luftwaffeneinheiten Südafrikas. Wenig Konkretes wird hier bekannt, so muß der Vergleich zu den im jüngsten Nahostkrieg im Libanon angerichteten Zerstörungen genügen. Ein noch viel größeres Maß an Zerstörung wird in Zukunft alle jene Anrainer der Republik am Kap treffen, die die noch im Aufbau befindlichen Guerillaarmeen Umkhonto we Sizwe und Poqo der südafrikanischen Befreiungsbewegungen ANC und PAC unterstützen. Was hier droht, hat bereits vor Jahren Egon Bahr in dem bereits erwähnten Interview deutlich gemacht. Er warnte davor, daß sich aus dem Konflikt um das so rohstoffreiche Südafrika eine globale Auseinandersetzung entwickeln könne. Und anerkannte Strategen gehen seit Jahren so weit, davor zu warnen, daß Pretoria zur Rettung der weißen Afrikaner letztlich sogar zu nuklearen Waffen greifen werde.⁵⁾ Selbst wenn diese Thesen

5) Dazu Kenneth L. Adelman and Albion W. Knight, »Can South Africa Go Nuclear?«, in Orbis (Philadelphia) Herbst 1979, S. 633–647; Jack Spence »South Africa: the nuclear option« in African Affairs, (London) 10/1981, S. 441–452.

überspitzt sein sollten, so sollten sie doch deutlich machen, welch Zerstörungswerk den Anrainern Südafrikas für den Fall droht, daß sie stärker als bislang bemüht sind, die weißafrikanische Regierung in Pretoria mit Waffengewalt zu stürzen.

Es sollte aber nicht übersehen werden, daß nicht nur die Verwicklung in kriegेरische Auseinandersetzungen, sondern auch Korruption, überdurchschnittlich großer Schlendrian und eine für Außenstehende oft kaum vorstellbare Mißwirtschaft, insbesondere eine erschreckende Vernachlässigung der Landwirtschaft, gerade Tanzania und Zambia an den Rand des Staatsbankrotts geführt haben. Wer asiatische und schwarzafrikanische Entwicklungsländer aus eigener Anschauung kennt und etwa ihre Landwirtschaften miteinander vergleicht, der wird keine Antwort auf die Frage wissen, wie die letzteren jemals den Vorsprung der ersteren aufholen wollen.

Angola und Mozambique, bis 1975 von dem entwickelten Entwicklungsland Portugal eher ausgebeutet denn in der eigenen Entwicklung vorangebracht, gingen in jenem Jahr absolut unvorbereitet den Weg zur Erlangung der staatlichen Souveränität. Es hat den Anschein, als seien die UdSSR, aber auch Kuba und selbst die DDR nicht fähig, hier zumindest die elementarsten Entwicklungsprojekte zu realisieren. So meinte ein Spötter unter den Besuchern Angolas vor einiger Zeit: »... die Kubaner haben im Gesundheitswesen nur eine Stärke: Amputationen!« Bei dem Versuch, die Probleme Angolas und Mozambiques in den Griff zu bekommen, wären in den zurückliegenden Jahren aufgrund der miserablen Gegebenheiten aber gewiß auch solche Staaten gescheitert, die über eine viel größere entwicklungspolitische Erfahrung als diese sozialistischen Länder verfügen. Die Regierung Angolas wurde bekanntlich, im Kampf mit den seinerzeit nach Angola eingedrungenen Südafrikanern, von einem kubanischen Expeditions-corps in den Sattel gehoben. Wenn heute, auch auf Drängen Südafrikas, die USA in Luanda/Angola auf den Abzug, vielleicht auch nur die Verminderung dieses 15 000 bis 20 000 Soldaten starken Kontingents drängen, so ist nicht recht ersichtlich, was anschließend einen völligen Zusammenbruch staatlicher Autorität in Angola verhindern soll. Im Idealfall würde an die Stelle der abziehenden Kubaner eine Friedenstruppe der OAU treten. Die OAU hat jedoch in den nahezu 20 Jahren ihres Bestehens genügend Beweise dafür geliefert, daß ihr die entsprechenden Voraussetzungen für die Übernahme einer solchen Aufgabe allesamt fehlen. Und in ein von den Kubanern zurückgelassenes Vakuum würde sofort die gefolgschaftsstarke, 1975 aber den Kubanern unterlegene und seitdem von Pretoria ausgehaltene Befreiungsbewegung UNITA vorstoßen, ohne dies auch nur halbwegs ausfüllen zu können. In Mozambique erfreut sich bekanntlich die *Resistência Nacional Mocambicana* der intensiven Förderung durch Pretoria. In einer Umgebung allgemeinen wirtschaftlichen Niedergangs werden ihr politische Positionsgewinne derzeit recht leicht gemacht. Ähnlich UNITA, so speist sich auch die RNM u. a. aus abgehalfterten Kollaborateuren der früheren portugiesischen Kolonialmacht und solchen früheren Revolutionären, die in ihren materiellen Erwartungen arg enttäuscht wurden. Sollte sich die RNM irgendwann im Kampf gegen die

Regierung in Maputo durchsetzen, so wird sie Mozambique weniger befreien als ins Chaos stürzen.

Die wirtschaftlichen Probleme Zimbabwes haben, außer den bereits angeführten, im wesentlichen zwei Ursachen. Selbst die von der übergroßen und bewundernswerten Bereitschaft zur Versöhnung mit den weißen Zimbabwern gekennzeichnete Politik R. Mugabes hat sehr viele für den Fortbestand der hochentwickelten Volkswirtschaft unentbehrliche weiße Kader nach Südafrika abwandern lassen. Sie sahen, oft mit guten Gründen, in ihrem Geburtsland keine Zukunft mehr für ihre Kinder. Und die ZAPU-Partei des bei den Wahlen vom Februar 1980 deutlich unterlegenen und seither schrittweise entmachteten Joshua Nkomo ist bis heute bemüht, diese Niederlage zu korrigieren. So sind eine große Zahl ihrer zunächst in die neu aufgebauten nationalen Streitkräfte integrierten Guerillakämpfer inzwischen desertiert. Auch eine erheblich kleinere Zahl früherer Guerilleros R. Mugabes hat sich aus Enttäuschung über die für sie geringen Früchte einer erfolgreichen Revolution aus den Regierungstreitkräften abgesetzt. Sie alle leben heute vornehmlich von Raubzügen und anderen Straftaten und überziehen so große Teile des Landes, vor allem die Provinz Matabeleland, mit schlichtem Terror. Es ist nicht anzunehmen, daß Pretoria bereits heute diese marodierenden Banden und andere Unzufriedene nutzt, um der Regierung R. Mugabes zusätzliche Schwierigkeiten zu bereiten. Sollte die südafrikanische Regierung jedoch eines Tages eine solche Notwendigkeit sehen, so wird sie im Kreis der von der zimbabwischen Revolution Enttäuschten einen guten Nährboden für subversive Aktivitäten finden. SWA/Namibia schließlich wird nach dem von jedermann erwarteten Wahlsieg SWAPOs und dem sich dann anschließenden Exodus des (südafrikanischen) Beamtenapparates nach Südafrika gewiß sehr schnell auf das Entwicklungsniveau eines Wüstenstaates nach Art Nigers oder Obervoltas zurückfallen. Die daraus resultierenden Schäden werden aufgrund des extrem ökologischen Gleichgewichts in SWA/Namibia häufig irreparabel sein. So wird es auch in einem unabhängigen SWA/Namibia recht bald viele Bürger geben, die mit Südafrika kollaborieren werden und so Instabilität in das Land tragen.

Wandel im Denken des weißen Südafrikas?

Mitte 1982 hat der von Pretoria eingesetzte »Präsidentialrat« seine Vorstellungen von einer neuen Verfassung für Südafrika vorgelegt.⁶⁾ Diesem die Regierung beratenden Gremium, das unter dem Vorsitz des sehr fähigen Wissenschaftlers und Politikers Denis Worrall tagte, gehörten neben Vertretern der regierenden *Nasionale Party van Suid-Afrika* (NP) vor allem Repräsentanten der gemischtrassigen und indienstämmigen Minderheiten, nicht aber der schwarzen Mehrheit der Bevölkerung an. Die Ausschließung der Schwarzen hatte übrigens die liberale Partei, die *Progressive Federal Party* (PFP), und auch die bedeutenderen politi-

6) S. dazu »First Report of the Constitutional Committee of the President's Council«, Kapstadt, 1982.

schen Gruppierungen der beiden braunen Minderheiten veranlaßt, die Arbeit des Rates zu boykottieren. Bekanntlich propagieren sowohl die PFP als wohl auch die Vertreter der braunen Minderheiten fundamentale politische Änderungen. Sie widersetzen sich allerdings apodiktisch einer völligen Machtumkehr zugunsten der Schwarzen, da sie nur zu gut wissen, daß eine solche Entwicklung über kurz oder lang auf eine Liquidierung oder Vertreibung der weißen und braunen Afrikaner hinauslaufen würde. So fordern sie eine konkordanzdemokratische Ordnung, ein System institutionalisierter Machtteilung, eine Art permanenter Großer Koalition.⁷⁾ Ein solches System frei auszuhandeln wäre Aufgabe einer allsüdafrikanischen Konvention, an der die legitimen Vertreter aller relevanten politischen Kräfte des Landes teilzunehmen hätten.

Die auch in den Augen der PFP⁸⁾ bedeutsame Spaltung der bis dahin nahezu allmächtigen NP in einen Botha-Flügel und einen solchen des Reaktionärs Andries Treurnicht, der anschließend seine latent sehr starke *Konserwatieve Party* (KP) gründete, ließ kurz Hoffnung dahingehend aufkommen, daß Botha sich aufrichtig um wirklichen Wandel bemühte. Dieser Eindruck wurde verstärkt, als Denis Worrall – den Widerständen des zuständigen Ministers Chris Heunis zum Trotz – die nachdenkenswerten Empfehlungen des Präsidialrates vorlegte. Die Liberalen hüteten sich dann auch, trotz aller nicht zu übersehender Unvollkommenheit dieser Vorschläge, sie gar in Bausch und Bogen zu verdammen.

Für die Empfehlungen zur Neugestaltung der südafrikanischen Verfassung war zunächst zweierlei bezeichnend: die Schaffung des mit sehr großer Machtfülle ausgestatteten Amtes des Staatspräsidenten sowie das Bestreben, die gemischtrassigen und indienstämmigen Südafrikaner (zusammen 13 v. H. der Gesamtbevölkerung) gleichberechtigt mit den Weißen (17 v. H.) am parlamentarischen Leben, der Verwaltung der neu zu schaffenden Regionen und der Gemeinden teilhaben zu lassen. Die Politik für die Schwarzen hingegen sollte, unverändert oder im Sinne einer geographischen und ökonomischen Konsolidierung der Reservate, die der Apartheid bleiben. Die Stärkung der Exekutive ließ dann etliche Kommentatoren von der »*de Gaulle Option*« sprechen. So wie Charles de Gaulle ab 1958 mit Hilfe nahezu diktatorischer Vollmachten das Algerien-Problem, das zuvor Frankreich in einen Bürgerkrieg zu stoßen drohte, gelöst hatte, so würde auch der neue südafrikanische Staatspräsident die unsagbar schwierigen Probleme seines Landes im Wege einer Revolution von oben lösen.

Bevor die regierende NP dann aber aus Furcht vor den deutlichen Positionsgewinnen der KP alle aufgekommene Hoffnung selbst zerstörte, indem sie die progressiven Elemente der Worrallschen Empfehlungen zurückwies, hatte Van Zyl Slabbert vorgeschlagen, die Mitglieder des Präsidialrates mit jenen der sog.

7) Vgl. die erste der in Anm. 3) genannten Arbeiten und die darin angeführte Literatur.

8) Dazu das Interview mit Van Zyl Slabbert »The PFP and the Nat Split«, in Deurbaak, (Kapstadt) April 1982, S. 3. Zu den die Spaltung der NP auslösenden neuen Vorstellungen, s. Sunday Times (Johannesburg) vom 1. August 1982, S. 1, 2, 27.

Buthelezi-Kommission zusammenzuführen.⁹⁾ Beide sollten gemeinsam die ökonomische und politische Neuordnung Südafrikas debattieren. Die nach ihrem Vorsitzenden Gatscha M. Buthelezi genannte Kommission hatte, worauf unten näher einzugehen sein wird, im Frühjahr unter Leitung des international anerkannten Wissenschaftlers Lawrence Schlemmer von der Universität von Natal/Durban ihre von in- und ausländischen Experten erarbeiteten Vorstellungen von einer politischen Neuordnung Natal's und später auch des übrigen Südafrikas vorgelegt. In sehr vielen wesentlichen Einzelheiten decken sich diese mit dem Programm der PFP.

Beiläufig sei hier angemerkt, daß die Friedrich-Ebert-Stiftung sich der großen Expertise der PFP und insbesondere von deren Vorsitzenden Van Zyl Slabbert bediente, um so die weißafrikanischen Mindestpositionen zu erkunden. Dieser Kontakt trug ganz wesentlich zu dem so anerkennenswerten Engagement dieser Stiftung in Südafrika bei. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat sich zur Konzipierung und Realisierung ihrer nicht minder überzeugenden Südafrika-Projekte der engen Kooperation eines anderen bedeutenden Liberalen, Lawrence Schlemmer, und des herausragenden gemäßigten schwarzen Politikers, Gatscha M. Buthelezi, versichert.

Es ist möglich, daß die Regierung in Pretoria den zuletzt erwähnten Vorschlag Van Zyl Slabberts nur deshalb zurückwies, weil sie mit Fug und Recht befürchtete, die extrem konservative KP werde ihr über kurz oder lang den Rang ablaufen. Mitte 1982 ging die NP daher bei ihrem Bundeskongreß in Bloemfontein in ihrer destruktiven Politik aber noch einige Schritte weiter. Sie ließ die allerdings nicht ganz deutlich ausgesprochene Empfehlung Denis Worralls fallen, gemischtrassige und indienstämmige Parlamentarier in das bislang den Weißen vorbehaltene Abgeordnetenhaus in Kapstadt aufzunehmen. Statt dessen wurde beschlossen, für jede dieser Bevölkerungsgruppen ein Parlament zu schaffen. Nur Fragen von nationalem Interesse werden von den drei Kammern gemeinsam entschieden. Fragen, die die Interessen nur einer Gemeinschaft (etwa Ausbildung) betreffen, werden von der Kammer der jeweils betroffenen Bevölkerungsgruppe behandelt. In Parenthese sei hier angemerkt, daß die NP so verhindern wird, daß die PFP und die Abgeordneten der gemischtrassigen und indienstämmigen Gemeinschaften sich zu einer Koalition gegen sie verbünden können. Wo Konsensus zwischen den Vorstellungen der drei Kammern nicht zu erzielen ist, wird das neue Oberhaus (*»Präsidentialrat«*) das letzte Wort haben. Dessen in der Mehrzahl weiße Mitglieder werden zum größeren Teil durch die Mehrheitsparteien in den drei Kammern gewählt, im übrigen von dem Staatspräsidenten ernannt werden. M. a. W., das letzte Wort liegt nach wie vor bei der stärksten weißen Partei. Von Regieren durch Konsensus, dem wichtigsten Merkmal eines konkordanzdemokratischen Systems, kann mithin keine Rede sein. Auch der Staatspräsident wird in Zukunft nicht

9) S. Deurbaak, (Kapstadt) April 1982, S. 1 »Slabbert and Buthelezi Issue Joint Declaration«; s. dazu Marinus Wiechers »Die dialoog van die dowes«, in Deurbaak, Juli 1982, S. 3; ebendort »While NP alienates Blacks, PFP maintains Crucial Contact«, S. 4-5.

direkt von der Bevölkerung, sondern einem Kolleg von Wahlmännern der Mehrheitsparteien der drei Kammern bestimmt werden.

Der Stil der Debatten in allen parlamentarischen Körperschaften wird in Zukunft nicht mehr der des bisherigen Kapstädter Parlaments sein. Dort hatten bekanntlich exzellente Liberale wie Alec Boraine, Harry Schwarz, Harry Pitman, Van Zyl Slabbert, Helen Suzman, Nic Olivier, René de Villiers, Peter Gastrow, Ray Swart u. a. die Regierung häufig genug das Fürchten gelehrt. Nach deren neuen Geschäftsordnungen werden die Debatten in Zukunft nicht mehr in den Plenen, sondern in »Sonderausschüssen« stattfinden. Und deren Sitzungen werden nicht öffentlich sein. Mit allen diesen Maßnahmen will und wird die NP die ihr lästige, da hervorragende Fraktion der PFP weitgehend mundtot machen. Aber es stellt sich doch die Frage, ob die NP sich nicht längerfristig mit ihren eigenen Waffen schlagen wird. Denn sollte die KP sie in der Gunst der Wähler als Mehrheitspartei ablösen, so wird die NP selbst in dem von ihr gezimmerten autoritären System zur Bedeutungslosigkeit degradiert werden.

Die Exekutive wird in Südafrika in Zukunft aus dem Staatspräsidenten und einem ihm verantwortlichen Kabinett weißer, gemischtrassiger und indienstämmiger Politiker gebildet werden.

Wer auch nur einen geringen Einblick in die von Pretoria zu lösenden Probleme wirtschaftlicher und politischer Umverteilung hat, der wird Verständnis dafür aufbringen müssen, daß eine konstruktive Politik ohne drastische Einschränkungen demokratischer Freiheiten derzeit nicht machbar ist. Allein, in Südafrika ist weit und breit keine Persönlichkeit in Sicht, die die Weitsicht eines Charles de Gaulle und zugleich den Rückhalt der NP hat. Dem derzeit ersten Anwärter auf das höchste Amt im Staat, P. W. Botha, fehlt schlicht alles, um diese Aufgabe auszufüllen. Hierin liegt wohl die ganz große Tragik des weißen Südafrikas. Schon in wenigen Jahren werden auch viele seiner heutigen Anhänger so urteilen, wie es bereits heute die radikalliberale Präsidentin der Hilfsorganisation Black Sash, Joyce Harris, tut: *»Jeder neue Ministerpräsident hat es für erforderlich gehalten, einige Anpassungen vorzunehmen und hier und da Etiketten zu ändern. Aber insgesamt blieb die Mixtur noch stets dieselbe und schmeckt denen, die sie zu trinken gezwungen sind, so bitter wie die vorherige.«*¹⁰⁾

Aspekte des Befreiungskampfes des schwarzen Südafrikas

Aus alledem folgt, daß das weiße Südafrika zur Revolution von oben weder willens noch in der Lage ist. So stellt sich die Frage nach der Möglichkeit oder gar Wahrscheinlichkeit einer Revolution von unten. In diesem Sinne angesprochen, gibt sich das schwarze Südafrika (»Azania«) heute häufig erstaunlich zuversichtlich und siegesgewiß. So verweisen seine militanten Sprecher oftmals und zu Recht darauf, daß, etwa im Vergleich mit dem Kampf der PLO gegen die Regierung in

10) Nach »Presidential Address«, in The Black Sash, (Johannesburg) Mai 1981, S. 1–7 (2).

Jerusalem, ihm drei wichtige Vorteile zur Seite stehen: Die Grenzen Südafrikas sind zu lang und die Oberfläche des Landes ist zu groß, als daß die 4,5 Mill. Weißen (und die 3,4 Mill. Braunen) sie auf Dauer kontrollieren könnten. Auch ist die Fünfte Kolonne in Südafrika um ein Vielfaches größer als in Israel. Hinzuzufügen ist, daß, wie immer man die höchst ambivalente Südafrika-Politik der USA beurteilen mag, eines sicher ist: Anders als Israel hat Südafrika in den USA keinen wirklichen Verbündeten. Im Sinne des oben wiedergegebenen Zitates von Denis Beckett ist allerdings zu fragen, ob *Azania* die Widerstandskraft und den Widerstandswillen der weißen Konfliktpartei realistisch einschätzt. Bei vielen Schwarzen scheint Wunschdenken dazu zu führen, die ausgeprägten Parallelen im Denken der weißen Afrikaner und der Israelis zu übersehen. Denn zumindest eines wird das weiße Südafrika noch auf lange Zeit haben: die Macht, in allen Anrainerstaaen sowie, sollte Pretoria dies irgendwann für erforderlich halten, in Südafrika/*Azania* selbst alles zu zerstören.

Diese Chaosmacht schätzte Gatsha M. Buthelezi richtig ein, als er vor einigen Jahren in New York ausführte: »*Besser als die meisten anderen kenne ich die Realität weißer Macht. Besser als die meisten anderen kenne ich die Bereitschaft der Weißen, die Erde in der elften Stunde zu verbrennen und bei der Verteidigung dessen, was nicht zu verteidigen ist, zu sterben.*«¹¹⁾ Buthelezi ist nicht bereit, jenen Preis zu zahlen, den Denis Beckett so erschreckend beschrieben hat und den militante junge schwarze Südafrikaner dahingehend konkretisieren, daß dem Kampf für ein freies *Azania* nicht nur 4 Mill. Weiße sondern auch 15 Mill. Schwarze (aus einer schwarzen Gesamtbevölkerung von ca. 23 Mill.) zum Opfer fallen werden.

Eine Katastrophe vor Augen berief Buthelezi die bereits erwähnte Kommission hochausgewiesener Experten, die dann im März 1982 ihre Gedanken zur Schaffung einer konkordanzdemokratischen Ordnung in Natal und später auch im übrigen Südafrika vorlegte.¹²⁾ Nicht nur für Buthelezi und seine Gefolgsleute sowie die PFP war überraschend, wie brüsk und in der Form verletzend Pretoria diesen Bericht bereits zu einem Zeitpunkt zurückwies, als er der Regierung noch gar nicht in allen Einzelheiten vorlag. Hier ist wohl in Rechnung zu stellen, daß die regierende NP gerade in jener Zeit ihrer bisherigen Wählerschaft deutlich machen mußte, daß Treurnicht lüge, wenn er von der Existenz geheimer Pläne spreche, nach denen sie auch die Schwarzen an der staatlichen Machtausübung in Pretoria/Kapstadt beteiligen wolle. Noch viel überraschender und enttäuschender war für die Autoren des Buthelezi-Berichtes, darunter so anerkannte und mutige Liberale wie der katholische Erzbischof Denis Hurley/Durban, daß liberale Kreise in Westeuropa und Nordamerika von den Ergebnissen ihrer Arbeit nicht gebührend Notiz

11) Aus »Christian Perspectives of the Black Liberation Struggle in South Africa«, in *South African Outlook*, (Rondebosch) 9/1979, S. 134–138 (137).

12) Zu den Ergebnissen der Arbeit der Kommission, s. u. a. *The Natal Mercury* (Durban) vom 9. März 1982 und *Rand Daily Mail* (Johannesburg) vom 8. März 1982.

nahmen. Mit Recht argumentierten sie, daß Außenstehende so gewiß keinen Beitrag zur Beilegung eines sehr gefährlichen Konfliktes leisteten.

Die Indifferenz selbst liberaler westlicher Kreise trägt natürlich zur Stärkung der militanten Befreiungsbewegung bei. Und diese melden sich heute verstärkt zu Wort. Auffallend ist seit einigen Jahren schon die Offenheit, mit der viele nicht nur junge Schwarze der wachsenden Zahl bewaffneter Anschläge auf Polizeistationen, Teile des Verkehrsnetzes, Industrieanlagen usw. reagieren. Das sollte den ausländischen Besucher aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß Pretoria nach wie vor souverän herrscht. Alle hier und da auch im Ausland aufkommenden gegenteiligen Aussagen sind Ausdruck bloßen Wunschdenkens. Hier werden in Zukunft die Nachkommen jener *afrikaansen* Guerillakommandos kämpfen, die um die Jahrhundertwende die britische Weltmacht gezwungen haben, fast eine halbe Million ihrer Soldaten gegen die beiden damals bestehenden burischen Republiken einzusetzen.

Es ist wohl davon auszugehen, daß die Öffentlichkeit aufgrund der heute schärfer gefaßten Sicherheitsgesetze nicht mehr von allen Anschlägen Kenntnis erlangt. Kürzlich wurde allerdings in Johannesburg die Meldung veröffentlicht, daß auch weiße Afrikaner (und Angehörige westeuropäischer Staaten) im August 1981 an dem Raketenangriff auf einen Militärkomplex in Voortrekkerhoogte beteiligt gewesen seien.¹³⁾ Darin mag eine Bestätigung für die heute häufig gehörte These liegen, daß die sog. Kongreß-Allianz der 50er Jahre eine Wiedergeburt erfahren habe. Zu ihr hatten sich seinerzeit der (schwarze) ANC und drei zahlenmäßig sehr viel schwächere, in Teilen der moskauhörigen (verbotenen) Südafrikanischen Kommunistischen Partei nahestehende Organisationen zusammengeschlossen, und zwar der *South African Indian Congress*, der (weiße) *Congress of Democrats* sowie der *South African Coloured People's Congress*.

Hier sind politisch wohl auch viele der Schüler und Studenten einzustufen, die in den zurückliegenden Jahren häufig erfolgreich Unterrichtsboykotte ausgerufen haben.

Fraglich ist hingegen, ob auch die zwar stark zersplitterte, aber gleichwohl bereits mächtige neue Gewerkschaftsbewegung¹⁴⁾ des schwarzen Südafrikas der dem ANC zugehörigen *South African Confederation of Trade Unions* (SACTU) nahesteht. Es versteht sich von selbst, daß das von den neuen Gewerkschaften bestritten wird. Andernfalls würden sie von den Behörden in Pretoria auf der Stelle verboten und ihre Funktionäre strafrechtlich verfolgt werden. Bereits heute scheinen die Polizeibehörden die deutliche Liberalisierung des Arbeitsrechts aus dem Jahr 1979 dahingehend zu »korrigieren«, daß sie wichtige Gewerkschaftsführer kurzerhand inhaftieren.¹⁵⁾ Der, so jedenfalls die offizielle Lesart, Freitod des

13) Rand Daily Mail (Johannesburg) vom 15. März 1982, S. 1–3 (»Rocket HQ traced«).

14) Dazu Craig Charney »The anatomy of South African Trade Unionism«, in *The Star* (Johannesburg) vom 27. Januar 1981, S. 24–25.

15) Dazu von einem anonymen Autor »Organized labour in East London«, in *South African Outlook*, (Rondebosch) 1/1982, S. 13–14.

inhaftierten Arztes und Gewerkschaftsführers Neil Aggett, eines der wenigen Weißen, die sich mit dem Kampf der schwarzen Afrikaner identifizieren, sollte deutlich gemacht haben, wie entschieden und brutal die Sicherheitsbehörden hier durchgreifen. Bei seinem Begräbnis in der anglikanischen Kathedrale zu Johannesburg und den Gedenkfeiern in anderen Industriezentren des Landes waren übrigens die Symbole des ANC weder zu überhören noch zu übersehen.

Der ANC setzt der Unversöhnlichkeit von NP und KP sowie noch weiter rechtsstehenden weißen politischen Parteien seine eigenen kompromißlosen Vorstellungen von der Zukunft der Republik am Kap entgegen, nämlich »*Ein Azania, eine Nation!*«. So spricht sehr vieles dafür, daß Südafrika nicht erst gegen Ende dieses Jahrhunderts in einem unsagbar blutigen Bürgerkrieg versinken wird. Es ist derzeit nicht anzunehmen, daß diese Auseinandersetzung einen Sieger kennen wird. Beide Seiten werden dann, aufgrund der Opfer, die sie zu erbringen hatten, ihre Erwartungen zurückschrauben und genau das tun, wozu Gatsha Buthelezi und Van Zyl Slabbert sie bereits heute ohne jeden Erfolg aufrufen: Sie werden über eine neue staatliche Ordnung miteinander sprechen, die den legitimen Interessen beider Konfliktparteien Rechnung tragen. Aufgabe westlicher Politik sollte sein, das Zustandekommen und den Erfolg solcher Verhandlungen nach besten Kräften zu fördern, bevor am Kap der Guten Hoffnung die Verzweiflung obsiegt.

»Seid euch bewußt, daß die Rettung nur von euch selbst kommen kann. Es ist sinnlos, dazusitzen und auf Hilfe von draußen zu warten.«

MUSTAFA KEMAL ATATÜRK